



## *Euro-Kurzinformation (43)*

im Mai 2015



### ☞ **Hat Frau Merkel noch volle Kontrolle über den BND?**

Der BND soll im Dienst der NSA nicht nur europäische Unternehmen, sondern auch die französische Regierung und die EU-Kommission ausspioniert haben. Erstmals werfen Politiker der Bundesregierung Lügen vor. Die Nachbarn und Verbündeten müssen sich fragen, auf welcher Seite stand und steht Angela Merkel? Sie schweigt bislang und hofft, dass sich die Debatte in Wohlgefallen auflöst. Aber: Von Österreich liegt eine Klage gegen Unbekannt vor. Und der Koalitionspartner SPD hat offensichtlich auch ein Interesse an der Aufklärung des Sachverhalts. Ohne hier nun tief in die Diskussion einzusteigen, seine einige Anmerkungen von Frau Leutheusser-Schnarrenberger aus dem Spiegel online Interview zitiert: Auf die Frage nach der Stellung der Bundesregierung in 2013 zum No-Spy-Abkommen mit den USA und den damaligen Abläufen sagte die damalige Justizministerin: „Das No-Spy-Abkommen war gerade uns als FDP sehr, sehr wichtig damals. Wir haben im Juli 2013 im Bundeskabinett einen Maßnahmenkatalog verabschiedet, in dem dieses Abkommen bereits angedacht war... Das Kanzleramt hat letztlich die Menschen hinter die Fichte geführt. Auch uns als Koalitionspartner. .. Bundeskanzlerin Merkel hat wohl ausgereicht, dass sie aus dem Spionageprogramm rausgenommen wird. Aus heutiger Sicht enttäuscht mich das ... Und übrigens die SPD: Nachdem die Sozialdemokraten das Thema im Wahlkampf für sich entdeckt hatten, haben sie in der großen Koalition erst einmal eineinhalb Jahre geschwiegen. Das gehört auch zur Wahrheit dazu. Richtig ist aber, dass das Kanzleramt in der BND-Affäre die volle Verantwortung hat. Da sitzen alle, die von den Vorfällen beim BND wussten oder hätten wissen müssen.“

**Kommentar: Frau Merkel wäre nicht der erste Kanzler, der über eine BND-Affäre stolpert – wir sollten für Neuwahlen vorbereitet sein!**

## ☞ Wer ist Guy Verhofstadt?

Der Belgier Guy Verhofstadt ist Vorsitzender der ALDE-Fraktion, der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa. Er gehört der flämischen liberalen Partei Open Vlaamse Liberalen en Democraten (Open Vld) an, deren Vorsitzender er bereits im Alter von 29 Jahren wurde. Wegen seiner Jugend und seines Einsatzes für die Freie Marktwirtschaft wurde er „Baby Thatcher“ genannt.

Guy Verhofstadt wurde am 11. April 1953 in Dendermonde geboren und studierte in Gent Rechtswissenschaften. Von 1999 bis 2008 war er Belgiens Premierminister und bildete in dieser Zeit drei Kabinette. Seine erste Koalition wurde „lila-grüne Koalition“ genannt. Sie bestand aus 2 liberalen, 2 sozialistischen und 2 grünen Parteien. Später regierte er in einer rein „lila“ Koalition der Liberalen mit den Sozialisten.

Seit 2009 ist Verhofstadt Mitglied des Europäischen Parlaments, wo er als Vorsitzender der ALDE-Fraktion die Nachfolge von Graham Watson antrat. Die Fraktion umfasst derzeit 69 Mitglieder aus 21 Ländern, darunter 3 FDP-Mitglieder. In jüngster Zeit setzt er sich mit seiner Fraktion u.a. für ermäßigte Mehrwertsteuersätze auf elektronisch erbrachte Dienstleistungen wie digitale Bücher und Zeitungen ein, da diese im Vergleich zu gedruckten Büchern und Zeitungen benachteiligt werden. Das verzerrt, so Verhofstadt, nicht nur den Wettbewerb, sondern widerspricht auch den Zielen der digitalen Agenda der EU und der Strategie Europa 2020 für eine wissensbasierte Wirtschaft.

**Kommentar: Wir wünschen viel liberale Kraft und Erfolg!**

## ☞ Rüffel für Deutschland von der EU-Kommission

Die EU-Kommission hat Deutschland aufgefordert, EU-Vorschriften vollständig einzuhalten. Nach dem Beitritt Kroatiens wurden bestimmte EU-Richtlinien zur Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit angepasst. Dabei geht es um die Anerkennung der Berufsqualifikationen von Architekten und Bauingenieuren. Die Mitgliedstaaten waren verpflichtet, bis zum Tag des Beitritts Kroatiens (1. Juli 2013) die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften zu erlassen. Bayern hat seine Rechtsvorschriften diesbezüglich noch nicht geändert und sieht somit keine Anerkennung der kroatischen Abschlüsse in diesem Bereich vor. Die Aufforderung der Kommission ergeht im Rahmen des Vertragsverletzungsverfahrens. Erhält die Kommission binnen zwei Monaten keine zufriedenstellende Antwort von Deutschland, kann sie den EuGH anrufen.

**Kommentar: In Bayern sieht man manche Dinge etwas anders.**

## ☞ Urlaub in Rumänien? Neues Trinkgeld-Gesetz!

Ein neues Gesetz in Rumänien dient dem Kampf gegen Steuerflucht. Seit dem 1. Mai muss für Trinkgeld ein Extra-Bon ausgegeben werden. Auf Nachfrage von Journalisten, was zu tun sei, wenn der Pizzaservice keinen Bon zur Hand habe, empfahl Finanzminister Eugen Teodorovici, den Beleg in der Pizzeria abzuholen. Die Journalistin Ioana Ene Dogioiu hält seine Antwort für unangebracht: „Wie sehr glaubt der Finanzminister wohl selbst an seine Regelung, wenn er breit grinsend übers Gesicht solche Antworten gibt? ...Diese fröhliche Oberflächlichkeit ist vielleicht sogar der Hauptgrund dafür, dass Regierung und Parlament sich ständig dumme Regelungen ausdenken, die widersprüchlich und unanwendbar sind.“

**Kommentar: Rumänien ist trotzdem ein schönes Urlaubsland!**

J. Bokr

C. Wittern

Nur zur parteiinternen Verwendung gedacht!